

**Protokoll:**

Es erfolgt wegen des Sachzusammenhangs eine gemeinsame Beratung mit Tagesordnungspunkt 23.

Rm Schupp (FDP) vertritt die Auffassung, der Antrag sei selbstredend und die FDP-Fraktion wolle gerne, dass die Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen informiert werde. Man lese mal hier und da etwas in der Presse und dann stimme dies wohl doch nicht so ganz. Deshalb wolle man, dass jeder informiert sei, weil auch nicht jedes Ratsmitglied in allen Ausschüssen sitze, in denen die Angelegenheit besprochen werde. Diesbezüglich wolle man den Informationsfluss auch in der Bevölkerung erhöhen.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahmen der Verwaltung (ST/0006/2010) sowie (ST/0005/2010) vor. Er fügt noch an, die Verwaltung erlaube sich darauf hinzuweisen, dass die Umsiedlung des Kleingartengeländes Weinacker momentan im Bebauungsplan als rechtsverbindlich stehe. Man müsse aber derzeit darauf warten, inwieweit beim Planfeststellungsbeschluss hier noch eventuelle Änderungen eintreten könnten. Ansonsten sei es die Absicht der Verwaltung, für den Haushalt 2011 entsprechende Mittel einbringen zu können, um die jeweiligen Möglichkeiten auf den Weg zu bringen zur Umsiedlung der Kleingartenanlage Weinacker.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen fragt, wie man die Bevölkerung informieren wolle.

Beigeordneter Prümm erläutert, es gebe verschiedene Möglichkeiten. Man werde darüber im öffentlichen Teil des Fachbereichsausschusses IV informieren. Da gebe es wiederum zwei Möglichkeiten: entweder könnten die Ratsmitglieder die Öffentlichkeit informieren oder die Verwaltung werde diese über die Presseorgane in Kenntnis setzen. Auf jeden Fall sei auf der Ebene dann der Informationsfluss gewährleistet.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen erklärt, mit dieser Vorgehensweise sei sie zufrieden, denn ihr sei es wesentlich und wichtig, dass diese Information im öffentlichen Teil der Sitzung erfolge.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann merkt an, der Antragsteller könne davon ausgehen, dass die Verwaltung Druck ausübe, damit die Nordtangente umgesetzt werde. Auch beim letzten Besuch des Staatssekretärs Schweizer in Koblenz sei gesagt worden, dass die Nordtangente schon für sich eine wichtige Straßenverbindung darstelle, aber vor dem Hintergrund der Sanierung der Brücken noch wichtiger werde. Das habe der Staatssekretär auch so akzeptiert und nach Mainz mitgenommen. Richtig sei, dass die Nordtangente in allen wesentlichen Teilen in der Baulast des Landes liege und damit auch vom Landesbetrieb Cochem-Koblenz maßgeblich betreut werde, Planfeststellungsbeschlüsse vorhanden seien, die aber angefochten worden seien. Hier seien die Rechtsmittel im Wesentlichen mit einer Ausnahme erledigt, die alsbald auch bearbeitet sein sollte. Aus diesem Planfeststellungsbeschluss sei bei der Kleingartenanlage Weinacker die konkrete Planung abzuleiten und diese könne zunächst auch bedeuten, dass der große Kreisell gegebenenfalls nicht sofort gebaut werde, so dass dies auch Auswirkungen haben könnte auf diese Kleingartenanlage Weinacker. Ihm sei mitgeteilt worden, dass man in sehr engem Kontakt mit dem Landesbetrieb stehe, um konkrete Entscheidungen für die Zukunft zu erlangen. Bezüglich der Mittelbereitstellung seien wieder die Landtagsabgeordneten gefragt, dass die Mittel für die Zukunft für die Nordtangente im Landeshaushalt bereitgestellt würden. Das Land müsse wissen, dass die Nordtangente ungeheuer wichtig sei schon wegen der Entlastung

überhaupt und die Anbindung an die Kurt-Schumacher-Brücke / B416 aber auch vor dem Hintergrund der Sanierung der Koblenzer Brücken. Denn man brauche auch Entlastung über diese Trasse.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann äußert, es sei zuvor schon ausgeführt worden, dass die Nordtangente eklatant wichtig sei. Was allerdings in der letzten Zeit dargestellt werde, sei sehr seltsam. In der letzten Zeit gebe es einige Kandidaten der FDP-Fraktion, die so tun würden, als wäre die Nordtangente die Idee der FDP und sie seien die einzigen, die sich in den vergangenen Jahren eingesetzt hätten. Man erkenne es an der Formulierung, indem ernsthaft Rat und Verwaltung gefragt würden, decke sich dies mit der in der Öffentlichkeit bekannten Vorstellung der FDP-Nordverband Nord-West, der Heimatfreunde Metternich und der Bürgerinitiative „Lebenswertes Rübenach e.V.“. Wenn dort gestanden hätte, „deckt sich die Meinung des Rates mit ...“ dann hätte sie dies verstanden. Die Verwaltung müsse nun die öffentlichen Presseartikel lesen, um dann vorher abzuklären, damit die FDP-Fraktion auch „Ja“ sage. Sie finde dieses Vorgehen ein wenig seltsam und wie mit den Kollegen umgegangen werde. Sie müsse an dieser Stelle anmerken, dass der Baudezernent gelogen habe, weil dieser gesagt habe, ab jetzt würde er berichten. Er habe jedoch immer darüber berichtet, wenn es etwas Neues bei der Nordtangente gegen habe. Dieser Antrag sei deshalb eigentlich Unsinn. Sie wisse nicht, wann man die Informationen einmal nicht bekommen habe. Zudem könne man ein anhängendes Gerichtsurteil nicht damit beschleunigen, indem man im Halbjahrestakt einen Antrag stelle. Man könne einmal den zuständigen Richter befragen, ob er der FDP-Fraktion halbjährlich berichten könne, wie weit der Sachstand sei. Denn nur mit Bannern und Anträgen erreiche man es nicht, ein Projekt nach vorne zu bringen. Dafür müsse man andere Dinge tun. Sie erwähnt noch, dass man jetzt zweiseitig denke, sei die Idee der SPD gewesen, weil man damals gesagt habe, wenn man das Volumen sehe, dann werde man diese Nordtangente so nie bekommen und habe deshalb dem Land die Idee mitgeteilt, dass ein zweiseitiger Ausbau wahrscheinlicher erscheine. Dies bestätige sich jetzt auch so. Die Nordtangente hätten alle Fraktionen des Rates zu verantworten, weil alle Fraktionen des Rates der Meinung seien, dass die Nordtangente eklatant wichtig sei für die Stadt Koblenz und es nütze nichts, ein Banner aufzuhängen. Man habe gemeinsam daran gearbeitet.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann merkt zur Klarstellung an, man denke nicht zweiseitig, sondern man decke an zwei Spuren bei dem Ausbau.

Beigeordneter Prümm nimmt Bezug auf die Ausführungen der Vorrednerin und erklärt, die Verwaltung denke vierspurig und nicht schmalspurig. Zweitens solle man ihm nichts unterstellen, was er nicht gesagt habe. Er habe nicht gesagt, man unterrichte halbjährig, sondern er habe gesagt, die Verwaltung berichte, wenn sich eine neue Situation ergebe. Denn es mache keinen Sinn, halbjährlich zu unterrichten, wenn man nur über den alten Stand berichten könne. Zudem habe man in der Vergangenheit nicht im öffentlichen Teil der Sitzung des Fachbereichsausschusses IV berichtet, sondern im Regelfall habe es sich um Unterrichtungen im nicht öffentlichen Teil gehandelt. Des Weiteren müsse angemerkt werden, dass er die Anfrage der FDP-Fraktion nicht geschrieben habe. Wenn diese etwas über Heimatfreunde und sonstige Institutionen erwähne, dann sei es auch nicht seine Aufgabe, dies zu interpretieren. Er sei lange genug als Dezernent tätig und zuvor als Mitglied im Rat und wisse daher, wer an der Angelegenheit mitgearbeitet habe und wer dies weiterhin tun werde und dies reiche ihm im Moment vollkommen aus.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen vertritt die Auffassung, die SPD-Fraktion habe sich mehr mit dem besagten Banner befasst als die FDP selbst. Man habe in der Anfrage auch ganz bewusst die zweispurige Variante der SPD-Fraktion mit beinhaltet. Deshalb sei sie ein wenig erstaunt über die Schärfe. Sie wolle an dieser Stelle noch einmal verdeutlichen, worum es der FDP-Fraktion ginge. Es ginge darum, die Bevölkerung ebenfalls zu informieren und nicht nur die 56 Ratsmitglieder. Das sei der wesentliche Punkt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verständigt man sich darauf, die Stellungnahme der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, wonach sie den Fachbereich IV über den Sachstand in öffentlicher Sitzung informieren wird, sobald sich eine neue Situation in der Angelegenheit ergibt.